

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochensatz 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,40 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeile 45 Goldpfennige. Die Zeitung ist unter der Aufsicht des Reichspostamts in Stuttgart Nr. 5780 — für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 144 | Altensteig, Donnerstag den 24. Juni | 1926

Die Fürstenabfindung im Rechtsausfchuh

Berlin, 23. Juni. Im Rechtsausfchuh des Reichstages erklärte bei der Beratung über das Fürstenabfindungsgesetz auf eine sozialdemokratische Anfrage Reichsanwalt Dr. Marx, daß die Regierung noch wie vor der Ansicht sei, daß das Gesetz einen verfassungswidrigen Charakter trage und daher zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Der Ausschuh beschloß, die Frage der Verfassungsänderung bis nach Entscheidung der nächsten Beratung zurückzustellen.

Darauf wird sogleich der Paragraf 1 zur Beratung gestellt, der die Zusammenfassung des Sondergerichts regelt. Nach der Vorlage hat den Vorsitz der Reichsgerichtspräsident. Der Reichspräsident ernannt auf Vorschlag der Reichsregierung den Stellvertreter des Präsidenten, die weiteren 8 Mitglieder des Gerichts und die notwendigen Stellvertreter. Vier von den weiteren Mitgliedern und deren Stellvertreter müssen Mitglieder von ordentlichen Gerichten oder von Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) empfiehlt einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß der Reichstag die Mitglieder des Gerichts wählt. Ein Eventualantrag verlangt, daß 4 Mitglieder die Fähigkeit zum Richteramt besitzen und die übrigen Laien sein müssen.

Abg. Dr. Barth (Dn.) begründet Anträge seiner Partei, die in erster Linie verlangen, daß vier Mitglieder dem Reichsgericht die übrigen ordentlichen obersten Gerichten, oder obersten Verwaltungsgerichten oder dem Reichsfinanzhof oder dem Reichswirtschaftsgericht angehören müssen. In einem Eventualantrag wird verlangt, daß die Parlamentarier nicht Abgeordnete des Reichstages oder Landtages sein dürfen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden gegen die Antragsteller bei Stimmabgabe der Kommunisten, die deutschnationalen gegen die Antragsteller und den völkischen Vertreter abgestimmt.

Paragraf 1 wurde darauf mit 11 gegen 3 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen angenommen. Danach stimmten die Kommunisten. Die Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Völkischen enthielten sich der Stimme. Paragraf 2 behandelt die Zuständigkeit der Gerichte und sagt, daß das Gericht tätig wird, auf Antrag eines Landes oder eines Mitgliedes eines Fürstentums.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) beantragte die Streichung der Bestimmungen, daß das Gericht nur auf Antrag tätig wird. Bei Annahme dieser Bestimmung werde das Gesetz praktische Bedeutung nur für Preußen und Koburg-Gotha haben.

Der Vorsitzende Abg. Dr. Kahl und die Abgeordneten von Reichshofen (Dem.), Schulte (Str.), Dr. Sell (Str.), Dr. Wambusch (D. Vo.) und Bredow (Dem.) erklärten demgegenüber, das Gesetz würde schon eine beträchtliche Wirkung haben, wenn das in ihm geschaffene neue materielle Recht die Fürstentümer veranlasse, mit den Ländern auf der Grundlage dieses neuen Rechtes Verträge abzuschließen, die für die Länder günstiger sind, als die bisherigen.

Im Rechtsausfchuh des Reichstages wurden wiederum nach Ablehnung der von Sozialdemokraten und Deutschnationalen gestellten Abänderungsanträge die Paragrafen 2, 3 und 4 der Regierungsvorlage zur Fürstenabfindung unverändert mit dem gleichen Stimmverhältnis wie Paragraf 1 angenommen.

Vor neuen Zollkämpfen

Der Reichstag hat am Montag die Behandlung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages von der Tagesordnung abgesetzt mit der Begründung, daß deswegen zwischen den Parteien noch Besprechungen stattfinden sollen. Man wird annehmen dürfen, daß diese Besprechungen bis spätestens Ende der Woche abgeschlossen sind, sodas dieser Vertrag zusammen mit dem deutsch-dänischen Wirtschaftsabkommen innerhalb von etwa acht Tagen zur zweiten Lesung kommen kann. Dabei wird es dann, soweit Voraussetzungen überhaupt möglich sind, zu neuen lebhaften Auseinandersetzungen über die grundsätzlichen Fragen der Zollpolitik kommen. Die Sozialdemokraten haben ja zu diesem Thema eine Interpellation eingebracht, um deren Beantwortung die Regierung wohl kaum herumkommt. Die Frage der landwirtschaftlichen Zölle hat die Gemüter im vorigen Jahre ja auch am meisten erregt. Die Gegner hoher Schutzzölle erwarteten sich davon eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung, während die landwirtschaftlichen Interessenten erklären, ohne angemessene Zollschutz ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten zu können. Wie kommt es nun, daß ausgerechnet bei unserem Handelsvertrag mit Schweden, das als Importeur landwirtschaftlicher Produkte überhaupt nicht in Frage kommt, diese Probleme wieder brennend werden?

Die Reichsregierung hatte sich im Vorjahre den Argumenten der Schutzgegner nicht völlig verschlossen. Sie hatte die Einführung der autonomen Getreidezölle auf ein Jahr suspendiert und sich bis dahin mit Zollzügen begnügt, die

etwa um die Hälfte niedriger waren, als die des autonomen Zolltarifs. Diese Karenzzeit läuft nun am 31. Juli ab. Um sie nun nicht ungenützt verstreichen zu lassen, hat die Regierung in den deutsch-schwedischen Handelsvertrag Getreidezölle eingebaut, die wenig unter den autonomen Zöllen liegen. Von den zuständigen Stellen wird nun hierzu erklärt, daß man sich damit lediglich ein Verhandlungsinstrument gegenüber den großen Getreidemärkten und den wichtigsten Importeuren landwirtschaftlicher Produkte, wie z. B. Polen schaffen wolle. Das ganze klingt zunächst plausibel. Man will damit offenbar sagen, daß die Sätze des schwedischen Handelsvertrages noch nicht endgültig seien, daß dies vielmehr von dem Ausgang künftiger Verhandlungen mit den Staaten abhänge, die am Getreideexport interessiert sind. Aber das ändert doch nichts an der Tatsache, daß bei einer Durchführung dieser Politik der interimistische Zustand, wie er zurzeit besteht, grundsätzlich beseitigt wird und an seine Stelle ein Zollsystem tritt, das für die Lebenshaltung der künftigen Bevölkerung und auch — das ist das Interessanteste — für die Belange der kleinen und mittleren Landwirtschaft gefährlich werden kann. Hier wird vor allem die Heraushebung des Zolles für Futtergerste, der gegenüber dem jetzigen Zustand verunfälscht werden soll, starkes Befremden hervorrufen.

Es ist auch gar nicht recht einzusehen, welche Gründe eigentlich für die Einführung höherer Zölle im jetzigen Augenblick sprechen. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen sind noch längst nicht soweit gediehen, daß die Frage der Getreidezölle hier entscheidend geworden wäre. Andere Länder wie Argentinien beispielsweise haben zundheraus erklärt, sie hätten zurzeit noch keinerlei Interesse daran, mit Deutschland zu bindenden Handelsabmachungen zu kommen. Auf absehbare Zeit ist also nicht damit zu rechnen, daß Handelsverträge, die vom Standpunkt unserer Versorgung mit Brotgetreide von Bedeutung sind, abgeschlossen werden. Und es ist also auch nicht einzusehen, warum das bestehende Provisorium nicht einfach solange verlängert wird, bis die Frage der Getreidezölle wirklich akut ist. Niemand wird bestreiten, daß die Regierung, um zu vernünftigen Abmachungen mit anderen Kontrahenten zu gelangen, gewisser Verhandlungszölle bedarf. Diese sind aber theoretisch bereits in dem autonomen Zolltarif des vorigen Jahres gegeben, sind also praktisch jederzeit anwendbar, sobald es wirklich zu Verhandlungen kommt. Daran braucht auch das System der Reichsbegünstigung nichts zu ändern, wenn die Verlängerung des geltenden Provisoriums so geschieht, daß sie jederzeit aufgehoben werden kann. Auf alle Fälle gilt es jedenfalls zu vermeiden, daß den breiten Schichten unserer Bevölkerung, die ohnehin schon genügend Sorgen und wirtschaftliches Elend zu tragen haben, eine auch nur vorübergehende Brotverteilung auferlegt wird.

Neues vom Tage.

Der Kompromißentwurf über die Fürstenabfindung

Berlin, 23. Juni. Zu den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen berichten die Blätter, die sozialdemokratische Fraktion habe eine größere Anzahl von Anträgen zu der Vorlage über die Fürstenabfindung eingereicht, die sich mit der Zusammenfassung des Sondergerichts befassen und forderten, daß sämtliche Richter vom Reichstage zu wählen seien und daß vier der Richter Laien sein müßten. Ferner beantragte die Fraktion, daß das Gericht nicht lediglich auf Antrag einer Partei tätig sein dürfe, sondern daß es vielmehr von Amtswegen die Auseinandersetzungen vorzunehmen habe, um zu vermeiden, daß die praktische Anwendung völlig in das Ermessen der einzelnen Länder gestellt werde. In Fällen bereits erfolgter Auseinandersetzung soll das Gericht auch im Gegenjah zur Regierungsvorlage auf Antrag einer Partei beschließen können. Auch dürfe das Gericht durch früher ergangene Urteile gebunden sein, um Urteile aus der Zeit vor der Revolution aufheben zu können. Schließlich beantragte die sozialdemokratische Fraktion, daß künftige Kronsdienstmänner aus ähnlichen Lasten ohne Entschädigung freigestellt werden. Die Forderungen der Deutschnationalen betreffen im wesentlichen die Punkte, die eine Verfassungsänderung bedeuten. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge haben die Deutschnationalen zu erkennen gegeben, daß für sie das Kompromiß unannehmbar sein würde, wenn es durch Berücksichtigung sozialdemokratischer Wünsche abgeändert würde. Auch ohne solche Abänderungen würden die Deutschnationalen ihre Zustimmung noch von einigen wichtigen Änderungen im Sinne der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Verfahrens bei der Auseinandersetzung mit den Fürsten abhängig machen.

Sitzung des Kabinetts

Berlin, 23. Juni. Reichskanzler Dr. Marx erstattete Dienstagabend dem Kabinett Bericht über seine Verhandlungen mit den Parteien in der Fürstenabfindungsfrage. Das Kabinett beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des Gehaltentwurfes gegen das Aufwertungsbegehren. Zu der Wahl Dr. Dormüllers wird das Kabinett in seiner heutigen Sitzung Stellung nehmen.

Professor Eberhardt freigelassen

Berlin, 23. Juni. Wie den Zeitungen von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist Professor Eberhardt von der Technischen Hochschule in Darmstadt, der mit einem Freiballon nach der Tschelchowskafel gestiegen und bei der Landung festgenommen worden war, bereits wieder freigelassen worden. Der Ballonführer wird ebenfalls wieder freigelassen werden.

Eine Rede des brasilianischen Ministers des Auswärtigen

Rio de Janeiro, 23. Juni. Zu Ehren des deutschen Vermessungsschiffes „Meteor“ gab der deutsche Gesandte Dr. Knipping ein Essen. Der brasilianische Minister des Auswärtigen hielt dabei eine bedeutsame Rede, in der er betonte, daß Brasilien immer lebhaftere Wertschätzung für Deutschland empfunden habe. Der Einfluß der deutschen Einwanderung und die deutsche Mitarbeit hätten sich in Brasilien auf allen Gebieten als äußerst wertvoll erwiesen. Die hierdurch geknüpften herzlichen Verbindungen mit Deutschland seien von Dauer und verstärkten sich immer mehr. Die für beide Staaten nützliche aufrichtige Freundschaft werde durch gemeinsame Interessen befestigt. Deutschland sei ein großes und erprobtes Element im internationalen Leben. Seine wirtschaftliche Lebenskraft sei unerschöpflich. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland für die Wiedererlangung seiner alten Stellung im friedlichen Wettstreit mit anderen Völkern arbeiten könne. Die „Meteor“-Expedition sei hierfür ein gutes Zeichen.

Die Beendigung des Aufwertungsstreites in Danzig

Danzig, 23. Juni. Im Danziger Volkstag wurde heute mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit das neue Aufwertungsgezet in dritter Lesung verabschiedet. Dadurch, daß das Gezet als Bestandteil der Verfassung erklärt wurde und ein Volksentscheid künftig in Aufwertungsfragen unmöglich ist, hat der Aufwertungsstreit in Danzig sein Ende gefunden.

Caillaux nimmt das Finanzministerium an

Paris, 23. Juni. Auf Ersuchen Briands hat Caillaux das Finanzministerium offiziell übernommen. Briand erklärte den Pressevertretern, er gedenke das Kabinett bis heute abend endgültig zustande zu bringen.

Voraussetzliche Zusammensetzung des französischen Kabinetts

Paris, 23. Juni. Um 6 Uhr nachmittags gab Havas folgende Ministerliste als wahrscheinlich aus: Ministerpräsident und Auswärtiges: Briand. Finanzen und Vizepräsidentenschaft: Caillaux. Justiz: Paval. Inneres: Durand. Kriegsministerium: General Guillaumat. Marine: Georges Lengues. Handel: Chapfal. Öffentliche Arbeiten: Daniel Vincent. Landwirtschaft: Binet. Pensionen: Jourdain. Kolonien: Perrier. Arbeit: Durajour.

Paris, 23. Juni. Ministerpräsident Briand hat seine Besprechungen über die Bildung des neuen Kabinetts heute abend abgeschlossen. Die endgültige Zusammensetzung des Ministeriums, die gegenüber der bereits mitgeteilten kaum noch Veränderungen erfahren dürfte, wird nach dem heute abend 10 Uhr im Kai d'Orsay stattfindenden Ministerrat offiziell bekannt gegeben werden. Die Ausarbeitung des Programms der neuen Regierung wird, wie verlautet, noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Versuche, ein gesunkenes Unterseeboot zu heben

London, 23. Juni. Bei den Versuchen, das am 25. September 1925 infolge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer City of Rome 20 Meilen östl. von Long Island mit 37 Mann der Besatzung gesunkene amerikanische Unterseeboot „S 51“ zu heben, erschien dieses gestern an der Oberfläche, noch ehe die Ingenieure die Vorbereitungsarbeiten beendet hatten, beschädigte einige Pontons und verlor an neuem. Als die Bergungsmannschaften Lust in die Pontons pumpten, erschien zu ihrer Überraschung das Unterseeboot neuerlich an der Oberfläche und trieb zwei Pontons auseinander.

Deutscher Reichstag

Reichstagsstimmungsbild vom Dienstag

Berlin, 23. Juni.

Am Reichstag bildet das Tagesgespräch nach wie vor das Abstimmungsergebnis des Volksentscheides und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine weitere Entwicklung der Innenpolitik. Kein Wunder, daß sich das Interesse von der Plebiszitierung stark abgewandt hat. Das Haus ist schwach besetzt und ohne Diskussion wurde zu Eingang der Sitzung der Gesetzentwurf über die Rückgabe der für Bekämpfungszwecke in Anspruch genommenen Grundstücke dem Ausschuss für die besetzten Gebiete überwiesen, während in allen drei Lesungen ein Gesetzentwurf über eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge angenommen wurde. Die Resolution zum Geleit über die G. m. b. H. wurde ohne Aussprache in dritter Lesung angenommen. Am 1. Juli d. Js. soll sie bereits in Kraft treten. Bei der dritten Beratung der Resolution zum Reichstagspräsidenten wandten sich die Sozialdemokraten, Frau Schröder und Dühmann, gegen die Vorlage, weil die Sozialdemokraten von ihr eine Verschlechterung der jetzigen Rechte der Erwerbslosen erwarten. Auch die Kommunisten polemisierten gegen die Vorlage. Gegen diese Auffassungen wandte sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sehr entschieden. Er betonte ausdrücklich, daß dafür gesorgt würde, die Unterstellungen nach wie vor weiter zu ziehen. Eine entsprechende Regierungsvorlage wird im übrigen in den nächsten Tagen dem Hause vorgelegt. Die Antisäuren der Sozialdemokraten wurden jedoch abgelehnt. Die namentliche Schlussabstimmung über die Resolution zum Reichstagspräsidenten ergab eine Annahme mit 339 gegen 24 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungungen.

Berlin, 23. Juni.

Nach einem Bericht des Abg. Kahl (D. Sp.) wird einstimmig ein Entschluß angenommen, die die Regierung ersucht, zu erwägen, ob nicht eine verbesserte Verrechnung der während des Krieges 1914—1918 in der freiwilligen Krankenversicherung abgeleiteten Dienstzeit auf die Ruhebezüge der Reichsbeamten möglich ist.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage zur Änderung des Bankgesetzes. Durch die Vorlage soll die Kreditlimitmäßigkeit für die Schwabacher des Reiches vorgesehen werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Carls (D. Sp.) erklärt, es handle sich nicht darum, die Kreditbegrenzung der Reichsbank an das Reich weiter auszudehnen; vielmehr ist das Ziel der Vorlage eine Erweiterung der Kreditlimitmäßigkeit des Reiches durch Schaffung günstiger Bedingungen für die Unterbreitung von Reichsbankwechseln am Markt.

Abg. Herst (Dn.) stellt mit Befriedigung fest, daß die schweren Folgen des Dawosausfalls, die der Reichsbank auferlegt worden sind, gemildert werden. Der Redner äußert ernste Bedenken wegen der finanziellen Lage des Reiches. Jeder Vaterlandsfreund müsse seine warnende Stimme erheben. Die Vorlage dürfe nicht zur Verschleierung des Defizits führen.

Reichsfinanzminister Dr. Reichhold hält dem Vordrucker vor, daß er es sich habe nicht nehmen können, seiner Abneigung gegen die Steuerentlastungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage Ausdruck zu geben. (Widerpruch und Oho-Rufe rechts.) Herr Senat sehe außerordentlich schwarz in die Zukunft unserer Reichsfinanzen. Er glaube, daß die Reichsregierung die in der Vorlage vorgesehenen 400 Millionen bald anfordern werde. Die Reichsregierung habe aber nicht die Absicht, diese 400 Millionen jetzt zu verwenden. Darüber werden noch Monate ins Land gehen. Gegenüber der pessimistischen Anschauung des Vordruckers weist der Finanzminister darauf hin, daß sich die Reichsfinanzen in der erwarteten Weise entwickelt haben.

Es folgt die erste Beratung des deutsch-schwedischen Handels- und Schifffahrtsvertrages.

Abg. Hildebrand (Soz.) mahnt der Regierung den Vorwurf, sie habe aus innerpolitischen Gründen Zollhöhen in den Vertrag eingestellt, die einen vollständigen Bruch mit dem bisherigen Zollkompromiß bedeuten. Diese Zollpolitik der Regierung, die eine Verleugnung der Lebenshaltung herbeiführt, müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Abg. Hörnle (Komm.) hebt in den Zollfragen nur Nachfragen.

Abg. Dr. Sorlafer (Bay. Vo.) betont die Notwendigkeit eines ausreichenden Zollschatzes für die Landwirtschaft. Abg. von Nichtsolen (Dem.) erklärt, die im Verlaufe der letzten Zollverträge habe die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Der Vertrag wird dann dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Es folgt dann die 2. Beratung des Vertrages über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse. Der Vertrag wird in 2. Lesung mit 221 gegen 158 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Volkshyphen und die Kommunisten sowie ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayer. Volkspartei. Es folgt die 3. Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Reichsversicherungsvorbereitung und des Unfallversicherungs-gesetzes. Es handelt sich um die Ausfassung verschiedener Bestimmungen des neuen Reichsversicherungs-gesetzes. Donnerstag 1 Uhr: Reichstags. Volksentscheid über Aufwertung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung des Landtages wurde die Antragsfrage über den von Jos. und dem. Seite eingeschriebenen Inflationseigentum zur Änderung des Schuldenrechts erledigt. Der Abg. Winter (Soz.) polemisierte gegen den Finanzminister, der sich immer als schlechter Prophet erwiesen habe und beamten- sowie feldfeindlich sei. Der Minister wies diese Angriffe zurück und betonte, wenn der Staat die Ueberschüsse von 1924 dazu verwende, das Defizit von 1925 und 1927 zu decken, so sei diese Politik viel gesünder als die der Stadt Stuttgart, die ihre Ueberschüsse zu Grundstückskäufen in Höhe von 33 Millionen verwendet. In erster Linie müsse die Gesamtheit des Volkes, der Staat, vor dem Bankrott geschützt werden, da sonst auch die Gemeinden von diesem Verrott ergriffen würden. Wenn die Städte glauben, daß sie über die Gehaltsabnahmen des Staates und des Reichs hinausgehen können, so könne doch dem Staate nicht zugemutet werden, daß er für die Deckung der hierfür erforderlichen Mittel aufkommt. Bei den Kap. 74—78 (Allgemeine Staatsbedürfnisse) beantragten die Kommunisten, die Rente der früheren Königin in Höhe von jährlich 36 000 Mk. zu streichen.

Ranmehr begann das Haus die Beratung der Gebäuden- und Grundsteuer. Der Berichterstatter Bod. stellte fest, der es löbliche Schritt des Staatsschuldenausschusses beim Reichsfinanzministerium wegen Aufhebung der Gebäuden- und Grundsteuer habe wenigstens fragehaft, daß die Schuld für die Steuer beim Reich und nicht bei der württ. Regierung liege. Der Abg. Koth (Dem.) beantragte einen Antrag auf Erlassung oder Erhaltung der Steuer im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen. Abg. August Müller (Soz.) erklärte, der Reichstag hätte besser daran getan, die Haussteuer zu erwähnen, statt der Umsatzsteuer. Er verlangte für die Landwirtschaft eine Ausnahmebehandlung, weil sich deren Lage seit Einbringung des Entwurfes erheblich verschlechtert habe. Abg. Schröter (Soz.) nahm verschiedene schon in den Ausschussberichten gestellte Anträge wieder auf. Der Abg. Bod. (Ztr.) betonte, daß durch die Ausschussarbeiten die Steuer wesentlich gemildert worden sei. Die Steuer bilde den Großteil im Finanzhaushalt. Wenn dabei die Landwirtschaft gesontet werde, weil sie der Teil sei, der am wenigsten Einnahmen zu verbuchen habe, so liege darin nicht eine Verletzung des Gebotes der Feuerlichen Gerechtigkeit. Der Redner wandte sich gegen die Zuständigkeitsfrage des Reichstages und stellte die Forderung auf, daß die Länder mehr Zuständigkeit bekommen. Die Beratung wird heute nachmittags fortgesetzt.

4. Nachtrag zum Staatshaushaltplan

Das Staatsministerium hat dieser Tage einen zweiten Nachtrag zum Entwurf des Staatshaushaltgesetzes samt Staatshaushaltplan für 1926 und 1927 fertiggestellt. In dem Nachtrag werden weitere Mittel für den Ausbau der Staatsstraßen und für den Kraftwagenverkehr angefordert, die aus dem Mechanismus der Kraftfahrzeugsteuer gedeckt werden können. Der Nachtrag ist dem Präsidium des Landtages zugegangen.

Der Staat und die Vorratserneuerung

Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung des Staates am Ausbau der Vorratserneuerung Wasserkräfte und eines fünften Nachtrags zum Entwurf des Staatshaushaltgesetzes samt Staatshaushaltplan für 1926 und 1927 fertiggestellt. In dem Nachtrag werden zur Befestigung am Ausbau dieser Wasserkräfte 1 700 800 Mk. angefordert. Der Gesetzentwurf ist dem Präsidium des Landtages übermittle worden.

Vom Finanzaustritt

Stuttgart, 22. Juni. Der Finanzaustritt des Landtages be- handelte Kap. 81, (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer). Hier sind Änderungen nötig aus der Stellungnahme des Ausschusses in der Gebäuden- und Grundsteuer. Ebenso bei Kap. 82, Gebäude- und Grundsteuer. Rott 35 000 000, nunmehr 23 420 000 Mk. und Kap. 11 600 000 Mk. samt 11 120 000. Der Finanzminister weist auf die Wirkung des Abwiegens hin. Er erklärt weiter, daß von den nach dem 1. April eingelegten Darlehen- zeuzinsen noch die notwendigsten Gezüge, d. h. solche, bei denen der Bau schon so weit vorgeschritten und Geld unbedingt notwendig ist, von der Wohnungskreditanstalt zurückerhalten werden können. Darlehen sind für 1926 von über 14 Mill. anzusetzen. Damit bliebe Württemberg an der Spitze aller Länder stehen; für 1924 sind es über 13 Mill., für 1925 15,5 Mill., also insgesamt rund 69 Millionen. Dann wird noch über den Staatshaushalt gesprochen. Der Berichterstatter gibt einige Umänderungen bekannt. Danach beträgt der Erbbüchlertrag für 1925 3 859 094 Mk., für 1927 2 400 454 Mk., zusammen 6 259 548 Mk. Nach kurzen Erörterungen werden die einzelnen Artikel des Staatshaushaltgesetzes für 1926—27 genehmigt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 24. Juni 1926.

Wahlen bei der Amtsversammlung Nagold.

Bei der heute im Rathausaal in Nagold stattgefundenen Amtsversammlung wurde Oberamtsparkassistenten Rißinger mit 19 Stimmen zum Oberamts-pfleger gewählt. Die restlichen 12 Stimmen erhielt der 2. Bewerber, Rechnungsrat Rieger.

Für den Leiter der D. A. Sparkasse wurde der jetzige Kassier derselben, Ost, mit 31 Stimmen gewählt.

Vorauszahlungen für den 10. Juli auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Die Finanzämter werden angewiesen, die Einkommensteuerbescheide und Körperschaftssteuerbescheide möglichst bis zum Juli als Vorauszahlungstermin zuzustellen. Nach Empfang des Steuerbescheides haben die Steuerpflichtigen die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer nicht mehr selbst zu berechnen, auch die Abgabe von Voranmeldungen für die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer fällt weg. Die Vorauszahlungen sind nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Am Zweifel darüber auszuscheiden, ob dies auch für die Steuerpflichtigen gilt, die den Steuerbescheid vom 10. bis 17. Juli, also innerhalb der Schonfrist, erhalten, wurde die Schonfrist allgemein bis 24. Juli verlängert. Wer bis 17. Juli einfiel, den Steuerbescheid erhalten hat, hat die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und die Körperschaftssteuer ebenfalls nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Steuerpflichtige, die bis 17. Juli den Einkommensteuerbescheid und den Körperschaftssteuerbescheid noch nicht erhalten haben, müssen die Vorauszahlungen nach der zweiten Steuerbemessung nach dem Steuerberechnungsgesetz, in der Regel also nach Betriebseinnahmen, Umsatz und Vermögen leisten. Hierbei gelten die bisherigen Anordnungen weiter.

Die köstliche Perle

Original-Roman von Carl Schilling

14)

(Nachdruck verboten.)

Frau Fertas Rott übermalt. „Charlotte! Sie können sie doch von früher. Sie ist so eigen, nicht etwa anspruchsvoll im üblichen Sinne, aber doch wählweise. Ich hätte eigentlich nichts gegen eine Verbindung mit Helet; der junge Mensch ist brav und verdient schönes Geld — und nachdem ich meinen Lieblingswunsch mit Charlotte — sie feierte tief auf und errötete schwer — längst begraben habe, wäre es mit Helet, mein Kind verjagt zu wissen. Ich weiß ja nicht, wie schnell der Tod —“

„Und Charlotte?“

Mit Ungeduld rief der Doktor das fragende Wort her- vor, die Antwort erziehend.

„Charlotte mag ihn nicht. Warum? Darüber schweigt sie sich aus!“

Indessen wurde das Gespräch auf dem Vorplatz lauter. Falkner war es, als hore er aus den Worten Felters etwas Sorniges, Drohnendes.

Er erhob sich.

Nachdem er Frau Fertas weitere Verhaltensmaßregeln eingeschärft und sein Kommen für morgen in Aussicht gestellt hatte, verabchiedete er sich.

Ein Ausbruch des Erstaunens, des Gequälten ging über Charlottens Gesicht, als Dr. Falkner so unvermutet auf dem Korridor erschien.

Dreiß und ungeniert murrte ihn dagegen Felter. Er besah ein ungenügendes Gesicht mit aufgeworbenen Lippen und lebenden kleinen Augen.

In fast höhnlich herausfordernder Haltung sah er zu, wie Charlotte Falkners Hebetrad vom Fenster nahm und dem Doktor gewandt beim Anziehen half.

Sein Benehmen verdroß Charlotte höchlich. Was wollte er noch hier? Flüchtling reichte sie ihm die Hand und sagte: „Loben Sie wohl, Felter, ein andermal!“

Felter aber schien sich nicht so schnell trennen zu wollen. Jetzt sah er die Hand der Mädchen und hielt sie lange in seinen Händen. Es machte den Eindruck, als wolle er dem Doktor deutlich zeigen, wie intim er schon mit Charlotte verkehre.

„Es eilt nicht so; ich habe noch Zeit!“ sagte er laut und hart.

Dem Doktor wurde die Szene widerlich. Charlotte empfand es mit. Denn wie Jörn legte es sich über ihr Gesicht. In ungewohnter Gereiztheit riß sie sich los und rief mit Schärfe: „Gehen Sie, ich will nicht, was Sie noch hier wollen!“

„Auch gut!“ entgegnete Felter, griff zu seinem Hut, ver- jog das Gesicht zu einem grinsenden Lachen, murmelte „Empfehle mich!“ und stieg laut und polierend die Treppe hinauf.

Nun standen sich der Doktor und das Mädchen gegenüber. Keines fand das rechte Wort. Falkner war durch das Benehmen Felters die schöne sonnige Stimmung genommen und Charlotte in ihrer Scham gab sich heiß, stumm und kalt. So schieden sie mit einem fruchtigen Händedruck.

Charlotte aber machte sich noch lange in der Küche zu schaffen, und die Mutter dünkte es, sie habe verweinte Augen. Was hatte nur das Mädchen? —

Dr. Falkner brauchte seinen Vorschlag, sich heute feiner Braut mit besonderer Sorgfalt zu widmen, nicht in Ausführung zu bringen. Theosine hatte ihm ein Kärtlein in seine Wohnung geschickt mit der Notiz, daß sie sich für die Nachmittagsstunden ihre Freundinnen eingeladen habe und mit ihnen den Blumenfestgedanken gründlich erörtern wolle. Da sie wisse, daß er kein Freund von Modes- und Kostüm- debatten sei, gab sie ihn für heute Nachmittag frei, dafür starrte sie ihn morgen umso herzlicher. Vater schickte ihm Grüße. Die Mutter sei noch immer lebend, wünsche aber keinerlei ärztliche Hilfe.

Falkner verschwiegen es sich nicht, daß ihn Theosines Ab- sage keineswegs schmerzlich traf. So lag nun vor ihm, dem viel in Anspruch genommenen Arzt, ein köstlicher freier

Nachmittag. Mittwoch hielt Hausfeld keine Sprechstunde — ein Ereignis, wie er es selten kannte.

Beim nochmaligen Überlesen von Theosines Zetteln fiel ihm erst auf, daß Frau Kommerzientrat keinen Gruß sandte und ganz gegen ihre sonstige Gepflogenheit, keinen ärzt- lichen Befund beanpruchte.

Er lächelte gutmütig. Abg., das war auch ein Teil ihrer heimlichen Rache. Kein Gruß, keine Konsultation! Nicht äbel. Da hatte er wenigstens vor ihr Ruhe. Keinesfalls sollte ihm ihr Jörn den heutigen köstlichen Nachmittag ver- derben.

Wieich nach dem Mittagmahle machte sich der Doktor auf. Wie war die Luft so rein, wie durchwärt von den Strah- len des Vorfrühlings, wie weit spannte sich der Himmel über ihn aus, wie leicht und lustig seegelten am Horizont weiße Wölken dahin, wie lang aus dem tropischen Ge- zwieg verließtes Vogelgejirr!

Er fühlte sich so froh, so frei, so glücklich! Seine Braut! Nein, die vermehrte er nicht. Die sah wohl jetzt bei Schlo- lade und Schlagschne mit ihren Freundinnen zusammen und debattierte mit ihnen endlos über Stoff und Blumen, Tüll und Seide, Ausputz und Feisar!

Wie war er doch so frei, so heiter!

Rückwärts wurde er ernst. War Theosine nicht seine Braut? Liebt er sie nicht? Noch nie hatte er über diese Frage ernst- lich gegrübelt.

Der Glanz im Hause Wohlfrunt hatte ihn bezauert, die hinwegweisenden Worte seines väterlichen Freundes Dr. Hau- held waren auch nicht ohne Wirkung geblieben; der Stolz, unter all den zahlreichen Bewerbern von Theosine mit be- sonderer Huld bevorzugt zu werden, die Aussicht auf ein pelumär jugendreiche Zukunft hatten ihn gelockt.

Auch besah Theosine Eigenschaften, die für ein härm- nisches Zusammenleben sprachen; ihre vornehme Ruhe, ihre Interesse an keinem Berufe.

So zog wohl die Liebe in sein Herz.

(Fortsetzung folgt.)



So können insbesondere buchführende Gewerbetreibende, denen bis zum 17. Juli der Steuerbescheid noch nicht zugeht...

Blitzschläge und Unwetter. In Altheim O. N. Niedlingen wurde die 74 Jahre alte Ursula Fischer auf dem Heimweg vom Kartoffelacker vom Blitz erschlagen...

Bekanntes Uniformtragen. Vom Württ. Landesstrafpolizeiamt wird mitgeteilt: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auch das Tragen von Kleidungsstücken...

Gültlingen, 23. Juni. (Brand.) Gestern früh ging ein sehr schweres Gewitter über unseren Ort und Markung nieder...

Freudenstadt, 23. Juni. Eine amerikanische Reisegesellschaft von 120 Personen kam gestern nachmittag, geführt von der Hamburg-Amerikalinie...

Stuttgart, 23. Juni. (Kunstliche Auskunftsstelle.) Bei der amtlichen Auskunftsstelle in Stuttgart Hbf. ist für Reisende, die die dort aufgestellten Fahrpläne...

Herrenberger Krankenschwestern. Nach dem Jahresbericht des Herrenberger Verbandes für evangelische Krankenschwestern...

Sonnwendfeier. Am Bismarkturm fand Dienstagabend die übliche Sonnwendfeier der Studentenschaft der Technischen Hochschule statt...

Hausbesitzer und Gebäudeentschuldungsteuer. Auf der Jahresversammlung des Hausbesitzervereins wurde eine Erklärung an Regierung und Landtag beschlossen...

oder Gebäudeentschuldungsteuer in all den Fällen, in denen sie durch die bisherigen insgesamt 100 v. H. nicht gedeckt wird...

Juffenhäuser, 23. Juni. (Straßenbahnfragen.) Im Gemeinderat gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Mitteilung des Stadtschultheißenamts...

Adelberg O. N. Schorndorf, 23. Juni. (Brand.) Bei dem gestrigen Gewitter hatte der Blitz in das städtische Anwesen des Fleischbeschauers Geiger hier eingeschlagen...

Gmünd, 23. Juni. (Vom Gemeinderat.) Der Gemeinderat beriet den Haushaltsplan für 1925/27. Der Etat schließt an Einnahmen mit 413 177 M., an Ausgaben mit 1 073 946 M. ab...

Kottweil, 23. Juni. (In geistiger Annäherung.) Eine hiesige Frau stürzte sich aus dem 3. Stock des Städt. Krankenhauses, wo sie im Wochenbett war...

Schwenningen, 23. Juni. (Hagelwetter. — Blitzschlag.) Ein Gewitter brachte gestern mittag schweren Hagel und die Schlossen fielen in der Größe bis zum Taubenei...

Niedernau, O. N. Rottensburg, 22. Juni. (Vom Kriegererholungsheim.) Der Württ. Kriegerbund besitzt in dem hiesigen Kriegererholungsheim ein Haus, durch das er sich in außerordentlich wertvoller Weise sozial und wirtschaftlich betätigt...

Heidenheim, 23. Juni. (Landesverbandstag der Wirte.) Über 1000 Teilnehmer waren aus allen Teilen des Landes herbeigekommen, um am Vormittag der Hauptversammlung anzuhören und am Nachmittag Hebbels Kibelungen im Naturtheater zu genießen...

Württemberg, 23. Juni. (Landesverbandstag der Wirte.) Über 1000 Teilnehmer waren aus allen Teilen des Landes herbeigekommen, um am Vormittag der Hauptversammlung anzuhören und am Nachmittag Hebbels Kibelungen im Naturtheater zu genießen...

Vom Bodensee, 23. Juni. (Windau im Wasser.) Der See ist noch immer nicht zugefroren. Im Gegenteil rätzte das Wasser auch noch in einzelnen niedriger gelegenen Städtchen vor wie am Karolinenplatz...

Niederhohingen, 23. Juni. (Viel Leid.) Schwer heimgejagt wurde die Familie des Zimmermeisters Ruoff von hier. Innerhalb acht Tagen haben die hier bösartig auftretenden Mäfern den Eltern alle drei Kinder im Alter von 1 1/2—6 Jahren gerammt.

Waldsee, 23. Juni. (Motorradfahrerunfall.) Ein Ravensburger Motorradfahrer fuhr mittags auf eine Telegraphenstange und erlitt einen Oberschenkelbruch. In bewußtlosem Zustande wurde er ins hiesige Krankenhaus eingeliefert.

Aus Baden

Mannheim, 23. Juni. (Schweres Unglück bei einem Schulausflug.) Als gestern Abend ein mit etwa 100 Schülern besetzter Lastkraftwagen mit Anhänger auf dem Heimweg war, löste sich die linke Seitenwand des Lastkraftwagens ab...

Die Elektrifizierung der Linie München—Stuttgart—Karlsruhe. Auf die Entschliessung des Reichstages, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken München—Regensburg, München—Deggendorf und München—Augsburg—Ulm—Stuttgart im Interesse des Verkehrs...

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Bekretungen zur Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger. Wie die Wiener Blätter erfahren, hat sich die konservative Volkspartei unter Führung auf das Ergebnis des Volksentscheides mit dem Ersuchen an die hiesige Großdeutsche Volkspartei...

Um die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika. Wie die „Post“ Jg. meldet, befindet sich der frühere Reichskanzler Cuno seit Samstag in Amerika, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Washington über die Rückgabe des deutschen Eigentums zu verhandeln.

Demission des Sejmarschalls Rataj in Polen. Rataj reichte am Dienstag in der Sejm-Sitzung seine Demission als Sejmarschall ein, die aber durch Beschluß des Sejms abgelehnt wurde. Wie die Telunion erfährt, besteht jedoch Rataj auf seinem Beschluß, sein Amt niederzulegen.

Neue Krise der Befinger Zentralregierung. Der Premierminister Ven hat seine Demission gegeben. Der bisherige Marineminister Admiral Lu Hsiwei wurde zum vorläufigen Premierminister ernannt.

Schwerer Jagdunfall in der Tschekoslowakei. Infolge falscher Weichenstellung stieß in St. Martin ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 27 Personen verletzt.

Mord an einem Polizeibeamten. In den Anlagen nahe der Stadt Dramborn (Pommern) wurde der Rastpolizistbeamte Gaede erschossen aufgefunden. Es liegt ein Verbrechen vor. Kurz nachdem die Schüsse fielen, wurde ein flüchtender Mann gesehen, aber nicht erkannt.

Opfer der Feuersbrunst in Kalscheuren (Köln). 3 Personen, die bei dem Großfeuer in der Dachpappen- und Asphaltfabrik Beer u. Söhne in Kalscheuren schwere Verletzungen erlitten hatten, starben, sodaß die Zahl der Toten sich auf 4 erhöhte.

Ein neuer Kindermord bei Bad Kudowa. In dem dicht bei dem schlesischen Badeort Kudowa in der Grafschaft Glatz gelegenen Orte Sadisch wurde das 13jährige Mädchen eines Lokomotivführers tot im Keller aufgefunden, während der 17jährige Sohn schwerverletzt und bewußtlos im Bodenraum lag. Das Mädchen war durch Messerstücke getötet, der junge Mann war durch Schläge auf den Schädel schwer verletzt. Die örtlichen Behörden sind übereinstimmend der Meinung, daß ein Zusammenhang zwischen diesem neuentdeckten Verbrechen und dem Breslauer Kindermord besteht.

